

Wie sieht Schulwahl aus, wenn's keine gibt?

Am Liechtenstein-Institut stellte der Direktor der Schweizerischen Koordinationsstelle für Bildungsforschung (SKBF), Stefan C. Wolter von der Universität Bern, seine aktuelle Forschungsarbeit vor: «Elternpräferenzen für Schulqualität und Peers: Analyse der Zahlungsbereitschaft.»

Es sei eher ungewöhnlich, bei der Diskussion von pädagogischen Aspekten von Zahlungsbereitschaft zu sprechen. Aber gemäss Wolter ist es tatsächlich so: Wenn Eltern in der Schweiz über die Schule ihrer Kinder entscheiden, geht es im Zusammenhang mit der Schulqualität immer auch um Zahlungsbereitschaft. In der Schweiz gibt es im öffentlichen Schulsystem grundsätzlich keine Schulwahl, man besucht die Schule im eigenen Wohnbezirk. Angesichts dieses Umstandes müssten alle Schulen von identischer Qualität sein. In der von Wolter vorgestellten Studie wurde untersucht, ob aus der Sicht der Eltern die Qualität der Schulen wirklich identisch ist.

Die Forschungsarbeit ging vor allem der Frage nach, welche Aspekte den Eltern am Herzen liegen, wenn sie darüber entscheiden, ob eine Schule gut ist oder nicht. Falls die Eltern der Meinung sind, dass nicht jede Schule gleich gut ist, wie gewährleistet man dann, dass die Schüler gleichberechtigt Zugang zu den favorisierten Schulen finden? «Diese Frage wird heute in der Schweiz so beantwortet, dass man die Schulwahl unterbindet», brachte es der Bildungsexperte auf den Punkt.

Auch ohne Schulwahl wird gewählt

Und dennoch wird gewählt. Mittels eines Discreet-Choice-Experiments, dessen Ablauf Wolter anhand von Glace-Stängeln anschaulich zu erklären wusste, wurde der Frage nachgegangen, wie Schweizer Eltern



Gemäss Referent Stefan C. Wolter ist es so: Wenn Eltern in der Schweiz über die Schule ihrer Kinder entscheiden, geht es im Zusammenhang mit der Schulqualität immer auch um Zahlungsbereitschaft. Bild: Paul Trummer

eine Schule wählen, ohne dass eine Schulwahl ermöglicht wird. Nun: Wer es sich leisten kann, kann die Wunschschule wählen. In der Schweiz sei eine Schulwahl eine Wohnortwahl, was in Anbetracht der unterschiedlichen Wohn- und Lebenskosten auch ökonomische Auswirkungen mit sich bringt.

Die integrative Schule in der Kritik

In den letzten Tagen hat sich die Diskussion um die integrative Schule zugespitzt. Der Verzicht auf spezielle Förderklassen wird von breiten Kreisen und auch in den Medien als eine

Entwicklung in die falsche Richtung gesehen. 50 Prozent der Lehrerinnen und Lehrer möchten die integrative Schule abschaffen. Allerdings würde eine rapide Änderung dieser Politik am Mangel an ausgebildeten Sonderpädagogen scheitern, führte der Referent dazu aus.

Sehen das die Eltern auch so? Das Thema zeigte sich in der Untersuchung komplexer als anfangs angenommen, da nebst den Kindern mit speziellen Förderbedarf auch fremdsprachige Kinder zu integrieren sind. Nach der hypothetischen Zahlungsbereitschaft gefragt, zeigte sich die Toleranz gegen-

über Integration bei jenen am grössten, die kein Geld haben. Auch werde die Multikulti-Gesellschaft im Quartier als positiv empfunden, aber mit Beginn des Schulbesuchs werde sie als Nachteil gesehen.

Die Elternschaft ist keine homogene Gruppe

Die Elternschaft stellt in keiner Weise eine homogene Gruppe dar. Es gebe gar Eltern, die bereit wären, für die fremdsprachigen Schüler in den Klassen ihrer Kinder zu bezahlen. Sie sehen im Sprachengemisch einen Vorteil, insbesondere wenn es sich bei den Anderssprachi-

gen um den Nachwuchs von Eliten handelt.

Anhand der Daten im Discreet-Choice-Experiment ergeben sich sieben Typen von Eltern, die sich in ihren Präferenzen unterscheiden. Insgesamt ist ein Drittel der Eltern bereit, alles zu bezahlen, um die Schule ihrer Wahl zu bekommen. Unter ihnen gibt es die Integrations-skeptiker, die Homogenitätssucher und die Rankingfokussierten. Die Qualität der Schule geht bei ihnen über alles.

Die restlichen zwei Drittel sind zwar bereit, für die Schulwahl zu bezahlen, aber in Grenzen. Zu ihnen gehören die Bud-

getbewussten und die Konzilianten, die das Gegebene in Kauf nehmen. Politisch gesehen sei dies keine gute Ausgangslage für die integrative Schule, da jene, die nicht viel Geld haben in der Regel auch politisch kein grosses Gewicht darstellten. «Die Heterogenität der Eltern spricht dagegen, dass man Eltern dazu zwingt. Dadurch haben nur jene die Schulwahl, die sich finanziell eine private Schule oder einen Wohnortwechsel leisten können» sagte Wolter. Auch sieht es der Bildungsexperte als verfehlt an, Schulen dazu aufzurufen, sich ein bestimmtes Profil zu geben und dabei die Eltern zu zwingen, dieses Profil zu akzeptieren, selbst wenn es dem Kind nicht entspricht. Diese Ineffizienz könnte mit etwas mehr Wahlfreiheit verbessert werden.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass für die Eltern die akademische Qualität der Schule im Vordergrund steht, wobei auch die Zusammensetzung der Schülerschaft für Schweizer Eltern bei der Wohnortwahl ins Gewicht fällt. Die Aversion gegen einen hohen Anteil an Schülern mit besonderem Förderbedarf ist in den besten Schulen am stärksten ausgeprägt und stellt eine direkte Herausforderung für Inklusionsziele dar. Die Elternschaft besteht aus klar unterscheidbaren Gruppen mit teils gegensätzlichen Präferenzen, was differenzierte politische Strategien erfordert. Angesichts dieser Heterogenität plädierte Wolter für die Gestaltung eines faireren Zugangs zu den Schulen im öffentlichen Schulsystem. (hs)